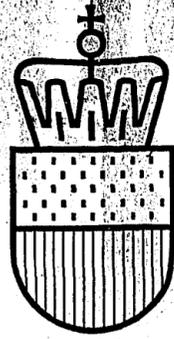


# Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22.—, halbjährlich Fr. 11.50, vierteljährlich Fr. 6.—. Ausland jährlich Fr. 42.—, halbjährlich Fr. 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», Vaduz, Altenbachstrasse 99, Telefon 075 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame  
Inland 12 Rp. 30 Rp.  
Schweiz 15 Rp. 35 Rp.  
Übriges Ausland 17 Rp. 40 Rp.  
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ Vaduz, Donnerstag, 28. Januar 1965

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

99. Jahrgang — Nr. 13

## Das hoffnungslose Problem der deutschen Wiedervereinigung

Misstrauen und militärpolitische Alternative geben den Ausschlag — Von unserem Mitarbeiter Dr. Hans Rudolf Böckli

Ein Charakteristikum des Zweiten Weltkrieges war es bekanntlich gewesen, dass das unmittelbare Kriegsziel der Alliierten eine bedingungslose Kapitulation beinhaltete. Hitler und seine Paladine wurden aus naheliegenden Gründen nicht als verhandlungsfähige Partner für irgendwelche völkerrechtliche Abmachungen über die Beendigung des Krieges oder eine Friedensregelung in Deutschland angesehen; hatten einige der Mitglieder der Reichsregierung noch bis zum letzten Augenblick geglaubt, nach einem allfälligen Ausscheiden Hitlers bei den Alliierten Gehör zu finden und als Repräsentanten eines deutschen Staatswesens die furchtbare Götterdämmerung zu überleben, so erlebten sie damals die letzte Demütigung, von der Gegenseite nicht als besiegte Feinde sondern als Verbrecher behandelt zu werden. Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation wurde von sämtlichen Alliierten, entsprechend ihrer feierlichen Abmachung, ohne geringste Abweichung nachgelebt. Das «Dritte Reich» sollte keinen unmittelbaren Rechtsnachfolger haben. Die vier Besatzungsmächte übernahmen in ihren Zonen, vom Alliierten Kontrollrat lose koordiniert, die Staatsgewalt in eigener Regie, wobei zunächst einmal alle Deutschen zur Rolle von reinen Befehlsempfängern verurteilt blieben. Damit sollte Deutschland, das in diesem Jahrhundert zweimal einen Weltkrieg entfesselt hat, als Machtfaktor und als möglicher, künftiger Unruheherd in Europa ein für allemal ausgeschaltet werden.

Ein zweites Charakteristikum des Zweiten Weltkrieges sodann ist es, dass dieses Völkerringen in Europa weder durch einen Friedensvertrag à la Versailles de jure beendet wurde, noch durch eine endgültige Friedensregelung im Einvernehmen der Siegermächte. Das Auseinanderfallen der militärischen Zweckallianz zwischen den Westmächten und der Sowjetunion machte eine definitive Lösung für das besiegte Deutschland unmöglich. Vielmehr erfolgte die Aufspaltung Deutschlands in drei verschiedene Teile, die fortan ein ganz verschiedenes staatliches Schicksal haben sollten. Der erste Teil betrifft jene Gebiete des deutschen Reiches, die nach dem Stande der Grenzen von 1938 wieder endgültig abgetrennt wurden, sowie jene weiteren Gebiete im deutschen Ostraum, die, als provisorische Lösung gedacht, unter sowjetische oder polnische Verwaltung gestellt wurden. In allen diesen Gebieten wurde die deutsche Bevölkerung, soweit sie nicht am Kriegsende westwärts geflüchtet war, entweder ausgetrieben, oder aber durch nichtdeutsche Neusiedler stark majorisiert. So kommt es, dass man heute beispielsweise im Sudetenland kaum mehr ein deutsches Wort hört; und Breslau ist mit dem Namen Wrocław eine polnische Stadt geworden! Der zweite Teil, die ehemalige Sowjetzone, hat sich zu einem russischen Marionettenstaat entwickelt, der sich krampfhaft bemüht, das völkerrechtliche Attribut der Souveränität zugestanden zu erhalten. Den dritten Teil schließlich, hervorgegangen aus den Besatzungszonen der Franzosen, Briten und Amerikaner, bildet die heutige Bundesrepublik, die sich dank einem einflussreichen wirtschaftlichen Aufschwung in der knappen Zeit einer halben Generation wieder zu einem internationalen Faktor emporgearbeitet hat. Dabei kam der Entwicklung dieses dritten Teiles von Deutschland paradoxerweise die Entzweiung der Alliierten zustatten, indem die Westmächte plötzlich ein ureigenes Interesse dafür entwickelten, aus den Besiegten von gestern die Verbündeten von heute und morgen zu machen. Eigenartigerweise trifft diese Konstellation jenseits der Zonengrenze auf die DDR nur sehr beschränkt zu, weil es den Russen nur schlecht gelungen ist, ihrerseits aus den Feinden verlässliche Freunde zu formieren. Der Bau der Berliner Mauer ist ein untrügliches Zeichen dafür; konnte doch lediglich dank dieses Schandsymbols der Unfreiheit eine weitere massive Abwanderung der Bevölkerung der Sowjetzone nach Westen verhindert werden!

Die heutige Aufteilung jenes Gebietskomplexes im Herzen Europas, der bis zum Jahre 1938 den Namen Deutschland trug, ist zwar eine Kriegsfolge. Aber es liegt ein eigenartiger Widersinn darin, dass zwar nach dem Ersten Weltkrieg jede völkliche Gruppe auch — wenn sie seit vier- oder fünfhundert Jahren keine staatliche Selbständigkeit mehr gekannt hatte — auf Grund des geheiligten Rechtes der Selbstbestimmung sich mit dem Segen der Grossmächte einen eigenen Staat zimmern durfte, während dieses gleiche Selbstbestimmungsrecht nach dem Zweiten Weltkrieg den Deutschen aberkannt wurde. Und es ist nichts als verständlich, dass das deutsche Volk diese Drei- bzw. Zweiteilung ungefähr so empfindet, wie die Glieder einer Familie, in welcher Mann und Frau zwangsweise voneinander getrennt worden sind. Es ist deshalb leicht verständlich, dass das Postulat auf eine Wiedervereinigung der getrennten Teile nicht mehr zur Ruhe kommen wird, solange dieser unnatürliche Zustand anhält. Heute, 20 Jahre nach Kriegsende, erscheinen die Aussichten, dass die beiden getrennten Hauptteile Deutschlands wieder vereinigt werden könnten, noch weniger günstig als in den Jahren 1945 bis 1948. Damals handelte es sich um Besatzungszonen; heute handelt es sich um durch einen tiefen Graben der Ideologie und der ganzen Lebensverhältnisse getrennte Staatswesen, deren Bestand in einem Fall von der Macht der Westalliierten, im anderen Fall von der Macht der Sowjetunion abhängt. Eine Wiedervereinigung

ist auf Grund der heutigen Machtkonstellation in Europa praktisch nur noch möglich, wenn entweder die eine der beiden Mächtegruppen aus irgendwelchen Gründen das Interesse an ihrer Position auf dem deutschen Schachbrett verliert und «seinen Teil» preisgibt, oder wenn ein Kompromiss im Sinne einer Neutralisierung (und Entmilitarisierung) der beiden Hauptteile beidseits akzeptabel wäre.

Beide Alternativen sind gegenwärtig undenkbar. Die erste Alternative können die Russen nicht in Betracht ziehen, weil der Entzug ihrer Unterstützung nicht nur die DDR wie einen Ballon zusammenfallen liesse, sondern weil eine objektive Feststellung der Volksmeinung im Gebiet der DDR, die ohne Zweifel nachfolgen würde, aller Welt klar und deutlich vor Augen führen müsste, ein wie kleiner Prozentsatz der Bevölkerung nach so vielen Jahren des kommunistischen «Paradieses» diese Zustände gutheisst! Dieses Risiko können die Herren im Kreml umso weniger eingehen, als der Kommunismus bereits einmal — nämlich im Falle der russischen Besatzungszone in Österreich — eine mächtige politische Schlappe dieser Art hat einstecken müssen, die noch nicht verdaut ist. Im Falle der zweiten Alternative blockieren die Westmächte die Möglichkeiten, weil im Verteidigungskonzept des Westens die westlichen und südlichen Gebiete Deutschlands eine sehr wesentliche strategische Rolle als Aufmarsch-, Ausweich- oder Abfangraum im Falle eines russischen Angriffs spielen. Eine Neutralisierung und Entmilitarisierung Deutschlands würde bedeuten, dass das Verteidigungsdispositiv der NATO mit der Rheinlinie nicht mehr rechnen kann und dass ein sowjetischer Überraschungsangriff innert weniger Stunden nicht nur ungehindert ins Ruhrgebiet einrollen könnte, sondern sogar die Grenzen Belgiens und Frankreichs erreichen würde. Mit anderen Worten: der Preis für eine Wiedervereinigung Deutschlands ist sowohl für die Russen (im Sinne der einen Alternative) als auch für die Westmächte (im Sinne der anderen Alternative) ganz einfach zu hoch und kann deshalb im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht einmal eine Diskussionsgrundlage abgeben.

Zu diesem Aspekt gesellt sich noch ein nicht als gering zu veranschlagendes, latentes Misstrauen sowohl der Russen als auch der Amerikaner gegenüber einem vereinigten Deutschland, das in kurzer Zeit in die Lage käme, in Europa wieder mit einem Hegemonieanspruch aufzutreten. Die Angst vor einer Renaissance der deutschen Militärmacht und einer aggressiven deutschen Politik in Richtung Osten sitzt allen russischen Führern gleichsam im Blut! Und wenn die Amerikaner in dieser Beziehung auch weniger eigene Bedenken haben, so haben sie doch unzweifelhaft ein beträchtliches Verständnis für die russischen Befürchtungen. Daraus folgt, dass über alle Differenzen hinweg zwischen den ehemaligen Alliierten im Zweiten Weltkrieg nach wie vor eine gewisse Übereinstimmung der Interessen besteht, Deutschland als erstrangigen Machtfaktor niemals mehr aufkommen zu lassen. Völlends sitzt die Angst vor einem erstarkenden, wiedervereinigten Deutschland aber den Tschechen und den Polen im Nacken, eine Angst, die andererseits wiederum den Russen

sehr willkommene Helfersdienste leistet, diese zur Unbotmässigkeit neigenden «slawischen Brudervölker» weiterhin an der kurzen Leine zu halten. Auch die Briten und die Franzosen sind an einer Wiedervereinigung nicht interessiert, es wäre denn, man könnte in Paris oder London mit einem «absolut zuverlässigen deutschen Verbündeten» rechnen. In Bezug auf Grossbritannien wird diese Bedingung bestimmt heute noch nicht als erfüllbar betrachtet? Und in Bezug auf Frankreich ist zu sagen, dass die Gaulle trotz seiner zeitweise versöhnlichen und entgegenkommenden Deutschlandpolitik doch der einzige Staatsmann des Westens ist, der sich je in mehr oder weniger förmlicher Weise für eine Anerkennung der umstrittenen Oder-Neisse-Grenze ausgesprochen hat, die heute praktisch den Polen ganz Schlesien mit einem überaus bedeutenden Industriepotential in den Schoss hat fallen lassen.

Unter welchen Gesichtspunkten immer man also die Wiedervereinigungsfrage im gegenwärtigen Zeitpunkt betrachtet, sie weist sich als ein fast hoffnungsloses politisches Ziel aus. Nach menschlichem Ermessen müssten schon Mächteverschiebungen von grösstem weltgeschichtlichem Ausmass auftreten, dass die Frage wirklich im Sinne der deutschen Hoffnungen in Fluss geraten könnte. Ebenso wie die russische Position heute in Berlin so eingefroren ist, dass man mit einem Status quo auf viele Jahre, ja vielleicht Jahrzehnte hinaus rechnen kann, ebenso ist die westliche Position im Hinblick auf die Sowjetzone festgefahren. Die provisorischen Lösungen von 1945 erweisen sich jetzt als ein Definitivum von erstaunlicher Dauer! Man kann sich heute im Rückblick nur wundern, mit welcher Leichtigkeit von den damaligen Verbündeten der «deutsche Kuchen» verteilt worden ist, nicht wissend, dass mit diesen paar Federstrichen und Besatzungszusagen in Tat und Wahrheit nicht nur deutsches Schicksal gezeichnet wurde. Es wurden vielmehr die eigenen Positionen für die Zukunft einzementiert! Was schliesslich denjenigen Teil Deutschlands betrifft, der unter «fremder Verwaltung» geraten ist, so ist es — auch wenn das aus politischen Gründen in Deutschland niemand laut zu sagen wagt — nach menschlichem Ermessen ganz ausgeschlossen, dass die jetzt lebenden Zeitgenossen jemals dort wieder die deutsche Sprache sprechen hören werden. Selbst im Falle einer Wiedervereinigung der beiden Hauptteile Deutschlands erscheint ein politischer Anspruch etwa auf das Sudetenland oder auf Danzig als endgültig verwirkt. Auch die heute jenseits der Oder gelegenen ehemals deutschen Gebiete könnten allenfalls wohl bloss aufgrund eines Realersatzes polnischer Gebiete zu Lasten Weissrusslands oder der Ukraine erlangt werden, was völlig utopisch scheint.

Nur im Knieg werden Grenzsteine ohne zu fragen und ohne zu markieren verschoben. Das ist eine der vielen bitteren Lehren, die Deutschland immer noch schmerzlich seinem grössenwahnsinnigen «Führer» verdankt, der mit dem Beispiel des Grenzenverrückens ja bedenkenlos vorangegangen war. Hitler hat gelehrige Schüler gefunden — aber auf der anderen Seite der Grenzsteine seines «Grossdeutschen Reiches»!

## Den Kongorebellen entronnen

Vortrag im Rahmen des Katholischen Bildungswerkes Liechtensteiner Unterland

Mit Empörung vernahmen wir in den letzten Monaten die Nachrichten von den Greuelthaten der Kongo-Rebellen. Ein Weisses Vater, Pater Alexander Beer aus Tänikon, Schweiz, hatte sechs Jahre als Missionar im Kongo gewirkt und war bei der Befreiungsaktion Ende letzten Jahres mit vielen anderen aus den Händen der Rebellen gerettet worden. Sein Augenzeugenbericht aus eigenem Erleben war von höchster Aktualität und zog denn auch eine grosse Zuhörerschaft an.

Der Kongo, 56mal grösser als die Schweiz, aber mit nur 12 Millionen Einwohnern, die hauptsächlich in Städten wohnen, weist heute noch drei Viertel der Oberfläche als Urwald auf. Sechs Jahre lang wirkte der Referent im Gebiet östlich von Stanleyville, im nordöstlichsten Winkel des Kongo am Albertsee, an der Grenze gegen Uganda. In dieser Gegend hatten die Weissen Väter fünf Missionsstationen mit 150 000 Katholiken. Pater Beer wirkte in Logo, einer dieser Missionsstationen, bei 36 000 Katholiken, die von drei Patres, fünf weissen Schwestern, vier schwarzen Brüdern und zwölf schwarzen Schwestern betreut wurden. Die Missionsarbeit erstreckte sich nicht nur auf die Seelsorge, sondern auch auf die Schule und die ärztliche Betreuung. Sie hatten dort eine Primar-, eine Sekundar-, eine Lehrschule und ein Spital. Mehr als 80 Lehrer arbeiteten auf den Haupt- und Aussenstationen.

Bis 1960 ging es den Weissen und Missionaren im Kongo gut. Geändert hat sich diese Lage mit der Unabhängigkeit des Kongo. Die Parteiführer dachten vor allem an ihre persönlichen Vorteile, anstatt an das Wohl des Landes. Sie zogen ihre ganze Sippe in Personalposten. Durch solche korrupte Machenschaften entstand eine grosse Geldknappheit. Die Beamten, Polizisten, Lehrer konnten nicht mehr bezahlt werden. Die Unzufriedenheit im Volke wuchs, da die Beamten zur Selbsthilfe griffen. Die Rebellen wurden deshalb von der Bevölkerung jener Gebiete freudig begrüsst. Diese sollten die korrupten Beamten entmachten, was auch geschah. Aber dann wurden die Rebellen selbst zur Landplage. Unter den Rebellen befanden sich auch viele Knaben im Alter von bis 12 Jahren, die, durch Aberglauben und Opium erregt, die Gegend unsicher machten. Bald hatten die Rebellen jene östlichen Gebiete unter Kontrolle. Sie holten sich alles, Lebensmittel, Waffen, Autos, Vieh usw., wo sie wollten und wo sie fanden, ohne dafür zu bezahlen. Die ganze Bevölkerung wurde schwer geschädigt.

Solange die Rebellen vorankamen, ging es den Missionaren noch relativ gut. Als dann aber Tschombe weisse Söldner angeworben hatte, da erlitten die Rebellen die ersten Rückschläge. Die Schuld schoben sie den Weissen zu, also auch den Missionaren. Nun begannen die Aktionen gegen die Missionsstationen. Der Refe-

**Tribüne**  
DER FREIEN MEINUNG

### Bettenrechte und Belegspitäler...

«Konjunktämdämpfung und Spitaltaxen...» so lautete der Titel in der «Tribüne der freien Meinung» im «Liechtensteiner Volksblatt» vom Samstag.

Die neuen Taxen für Liechtensteiner in den Spitälern von Grabs und Walenstadt sind nicht verwunderlich und dürfen bei der heutigen Lage auf dem Arbeitsmarkt noch als normal bezeichnet werden. Wir Liechtensteiner können es noch als Glück schätzen, dass wir unsere Kranken in die benachbarten Kantonsspitäler von Grabs, Chur und Walenstadt, zu solchen Preisen bringen dürfen.

Wenn die Hochkonjunktur im heutigen Rahmen weitergeht, werden auch diese neuen Preise schneller als wir glauben, wiederum nach oben revidiert werden müssen, und es könnte einmal die Frage auftauchen, ob wir unsere Kranken überhaupt noch in dieser Krankenhäuser bringen dürfen.

Ich frage mich, wie es wäre, wenn wir bei unseren zur Zeit äusserst günstigen Staatsbudgets uns an den benachbarten Kantonsspitalern wie auch am neu zu erbauenden Spital in Feldkirch finanziell beteiligen würden, um auf diese Weise uns eine grössere Anzahl Bettenrechte zu erwerben. Wir könnten hier mit mehreren Millionen, die uns heute noch zur Verfügung stehen, sicherlich eine befriedigende Lösung für unsere Kranken und damit auch für uns alle finden. Ein eigenes Spital ist für uns infolge der Kleinheit des Landes nicht möglich. Wir könnten aber mit unseren bereits vorhandenen Spitalfonds eventuell zwei Belegspitäler — eines im Oberland, eines im Unterland — mit angeschlossenen Altersheim erbauen und so den Idealfall für alle finden. Auf diese Weise dürfte wohl die Möglichkeit bestehen, auf der einen Seite die spezialisierten Ärzte in den einzelnen benachbarten Spitälern für die jeweiligen Krankheiten in Anspruch nehmen zu können, und auf der anderen Seite solche Kranke, die keine schwerwiegenden oder überhaupt keine chirurgischen Eingriffe benötigen, im Belegspital zu pflegen. Weiters wäre es möglich, unseren alten Mitbürgern, zu denen auch wir einmal gehören, sofern wir ein hohes Alter erreichen, eine geordnete Pflege angeheiden zu lassen.

Ich glaube, dass die benachbarten Kantone in dieser Angelegenheit sicherlich mit sich reden liessen, wenn wir Liechtensteiner gewillt sind, einen entsprechenden Beitrag an die enormen Kosten dieser Krankenhäuser zu leisten.

Noch eines möchte ich hier hinzufügen: Wenn man heute in massgebenden Kreisen unseres Landes vernahmen muss, dass für Kongress-, Bank- und Postgebäude mehr Geld ausgegeben werden soll als unser enorm hohes Staatsbudget für 1965 im ganzen ausmacht, kann man sich fragen, was ist notwendiger: Für unsere Kranken und alten Leute zu sorgen, oder aber die anderen Projekte verwirklichen und beim geringsten Katastrophenfall uns blamieren und damit ungeheures Leid der Bevölkerung zuzuten. H.

rent schilderte nun, wie die Lage der Missionare stufenweise immer prekärer wurde. Am 13. September kam erstmals ein Grossangriff auf seine Mission. 50 Rebellen fuhren auf Lastautos vor, durchsuchten drei Stunden lang die Missionsgebäude und nahmen alles für sie Brauchbare mit.

Am 27. September wurde die Mission wieder umzingelt. Die Rebellen beschuldigten die Patres, die Söldner und Amerikaner gerufen zu haben, sie seien schuld, dass es so schlecht für die Rebellen stehe. Patres, Schwestern und Brüder wurden auf Lastwagen gebracht und ins Hauptquartier der Rebellen an der Grenze von Uganda gebracht. In einem kleinen Hotel wurden sie mit 160 anderen Patres und weissen Schwestern untergebracht. Zum Glück bestand die Wache aus vier gutgesinnten Rebellen, die ihnen die Lage erleichterten. Am 3. Oktober wurden sie wieder zurückgeführt in ihre Missionsstation. Aber die Rebellen kamen immer wieder, holten sich dies und das. Die Lage war immer unsicher. Dann — am 5. November — erfolgte wieder ein Grossangriff. Wieder wurde das Missionspersonal auf offenen Lastwagen bei strömendem Regen in einer tagelangen Fahrt ins Hauptquartier gebracht und in einem Pensionat untergebracht, das vorher von Schwestern geführt worden war. Sie wurden von Banden besucht, die Schwestern wurden belästigt. Zuerst hiess es, sie seien Gefangene, dann, nach zwei Wochen: «Ihr seid Geiseln!» Die Behandlung wurde nun grausam, einige wurden mit